

Christoph Braunschweig

DAS DEUTSCHE NARRENSCHIFF

Wie feige Karrieristen, selbsternannte
Intellektuelle und politisch korrekte Gutmenschen
unser Land ruinieren

FBV | **EDITION
LICHTSCHLAG**

© des Titels »Das deutsche Narrenschiff« (ISBN 978-3-89879-909-6)
by FinanzBuch Verlag, ein Imprint der Münchner Verlagsgruppe GmbH, München
Nähere Informationen unter: <http://www.muenchner-verlagsgruppe.de>

I Interview zur Krisis unserer Zeit

1. Frage: *Deutschland scheint von der Schulden- und Eurokrise bisher noch relativ unberührt. Wird sich das ändern?*

Antwort: Was geht mich der Euro an, denkt Familie Ahnungslos. Der Lohn vom Arbeitgeber kommt pünktlich und die Staatsverschuldung ist das Problem der Regierung. Fremd-Denken ist nicht nur für Familie Ahnungslos Normalität. Und so merkt Familie Ahnungslos auch gar nicht, dass die Zeit allgemein gesicherter Einkommen und Auskommen langsam aber sicher zur Neige geht, wenn nichts Durchgreifendes geschieht. Die systemimmanente Verschuldungsspirale des modernen Wohlfahrtsstaates ist praktisch allen westlichen Demokratien gemein. Die EU-Währungsunion hat die Situation noch deutlich verschärft: einerseits, weil sie Volkswirtschaften mit viel zu unterschiedlicher Wettbewerbsfähigkeit in das Prokrustesbett einer Einheitswährung zwingt, andererseits, weil sie den Euro-Ländern den Aufbau zusätzlicher Kreditpyramiden ermöglicht hat. Die Probleme verstärken sich permanent. Lösungen von politischer Seite sind nicht zu erwarten. Die Situation gleicht einem brennenden Haus ohne Ausgang. Aber Deutschland träumt, zumal Politik und Massenmedien die Bevölkerung in trügerischer Sicherheit wägen und gezielt ablenken bzw. tabuisieren. Gustav Stresemann meinte, die Deutschen würden nicht nur um ihr tägliches Brot bitten, sondern auch um ihre tägliche Illusion. Und bis jetzt haben die Deutschen tatsächlich das enorme Risiko- und Gefahrenpotenzial der Schulden- und Eurokrise (noch) nicht erkannt. Doch das wird sich ändern, denn der Ausstieg aus dem Schneeballsystem der Schuldenmacherei kann nur noch mit enormen Verlusten bewerkstelligt werden: steigende Steuer- und Abgabenlast vor allem für die Mittelschicht, aufgeblasene Vermögenswerte und sinkende Sozialleistungen. Am Ende droht ein »Vermögensschnitt«.

2. Frage: *Die Massenmedien berichten stets, dass die Regierungen die Krise im Griff hätten und das Schlimmste bereits überstanden sei. Was ist davon zu halten?*

Antwort: Laut den Berechnungen der Postbank verloren die deutschen Sparer bereits im Jahr 2013 immerhin 14 Milliarden Euro. Im Jahr 2014 wird der Verlust bereits 21 Milliarden Euro betragen, weil die Zinsen unterhalb der Inflationsrate liegen. Das Platzen der immer größer werden Blasen im Vermögensgüterbereich lässt zudem darauf schließen, dass die Inflation irgendwann auf breiter Front in den Konsumgüterbereich überschwappt. Die Inflation wird in diesem Moment als »Taschendieb des kleinen Mannes« für die breite Bevölkerung unmittelbar spürbar werden. Spätestens dann wird jedem Bürger klar, dass die Staatsschulden seine eigenen Schulden sind. Die Lage an den Finanzmärkten ist heute noch deutlich schlechter als vor der Lehman-Insolvenz. Die Zentralbanken haben inzwischen faktisch die Kontrolle über die Schuldenflut verloren und drucken unbegrenzt Geld. In den global geschaffenen Kredit-Pyramiden (multiple Wertschriftenverbriefung) sind die Kapitalflüsse längst außer Kontrolle geraten. Der giftige Cocktail von keynesianischer »Mainstream-Ökonomie«, Schulden-Tsunami, fatalen Euro-Rettungsmaßnahmen sowie geldgierigen Bank- und Investmentgesellschaften führt unvermeidlich zum Crash. Die USA müssen inzwischen bereits Staatsanleihen ausgeben, nur um die Zinsen der bestehenden Schulden zu bedienen. Irgendwann werden sich die USA vollständig über die Notenpresse finanzieren müssen. Damit ist der Finanz-Crash vorhersehbar.

3. Frage: *Ist die Schuldenkrise ein Symptom des kapitalistischen Systems?*

Antwort: Nur die freie Marktwirtschaft und die stabile D-Mark haben nach dem Krieg zuwege gebracht, dass der »kleine Mann« sich aus der Erniedrigung der Essensmarkenverteilung befreien konnte und zum souveränen Verbraucher aufgestiegen ist, dass er als Konsument über Quantität und Qualität der Produkte und somit über den Erfolg der Unternehmen entscheidet. Der Wettbewerb ist der denkbar effizienteste Koordinationsmechanismus und zugleich Machtzerschlagungsapparat überhaupt. Heute fehlt die banale Einsicht, dass nur Wettbewerb, Marktwirtschaft und eine stabile Währung auf Dauer Massenwohlstand und somit persönliche Freiheit garantieren. Stattdessen wird in den Medien von »Kapitalismuskrise« schwadroniert, obwohl es gerade der Staatssektor war, der die Krise erzeugt hat. Er hat in Europa atemberaubende Schulden angehäuft, in den USA rund 30 Millionen Hypotheken verschleudert, die nicht bedient werden

können. Hier wie dort haben Politik und staatliche Zentralbanken eine Billionen-Blase aufgepumpt. Das entschuldigt nicht Gier und Exzesse des privaten Finanzsektors. Doch wer von »Kapitalismuskrise« spricht, muss in Wahrheit von der »Staatsgeld-Kapitalismuskrise« westlicher Prägung sprechen. Es liegt nicht am Kapitalismus mit seinem Prinzip von Privateigentum und Kapitalaufbau, dass sich der Wohlfahrtsstaat überschuldet, denn jede Diktatur geht ja auch regelmäßig pleite. Es ist sowohl im demokratischen Wohlfahrtsstaat als auch in der Diktatur das staatliche Geldmonopol, das noch immer über die Verschuldung in den Bankrott geführt hat. Die Vorgehensweise der Regierungen, Schulden mit noch höheren Schulden zu bekämpfen, kommentierte Roland Baader sehr treffend folgendermaßen:

»Da man allgemein die weltweit agierenden Brandstifter (Regierungen) und ihre Brandsätze (staatliches Geldmonopol) sowie ihre Pyromanie (Verschuldungs- und Liquiditätsschöpfungswahn) für legal, notwendig und richtig hält, bedarf es einer vollbesetzten Feuerwehr (IWF) – obwohl es offensichtlich ist, dass sich beide, Brandstifter und Feuerwehr, wechselseitig und zum hochdotierten Löschen hochschaukeln.«

4. Frage: *Warum wird der Kapitalismus immer wieder als kalt und ungerecht bezeichnet?*

Antwort: Es ist der große, gleichsam angeborene Nachteil kapitalistischer Gesellschaften, dass sie keinen greifbaren Lebenssinn vermitteln, der die täglichen Sorgen, Leiden und Ängste der Menschen rechtfertigt. Der Mangel an utopischen Vorgaben und unverrückbaren Wahrheiten, der abstrakte Charakter des marktwirtschaftlichen Regelwerkes und die Nichtbefriedigung mystischer Sehnsüchte erzeugen eine depressiv verstimmte und verunsicherte Gesellschaft. Zur großen Verführungsmacht des Kollektivismus gehörte schon immer, dass er eine Art von pseudoreligiösem Welterklärungssystem bot, das die Verhältnisse nicht nur in ein einfaches Gegenüber von Gut und Böse, Freund und Feind teilt, sondern den Menschen auch jene Gewissheiten schenkt bzw. geschickt vorgaukelt, nach denen sie so begehrllich verlangen. Damit kann die kapitalistische Gesellschaft mit ihrem rein verstandesmäßigen Ansatz nicht dienen. Ralf Dahrendorf hat die politischen und wirtschaftlichen Prinzipien daher treffend als »cold projects« bezeichnet. Die Schwierigkeit liegt für eine

freie, liberale Gesellschaft darin, dass mit der Entkoppelung der religiösen von der politischen Zone auch der Grundstock an sinngebenden Vorgaben verloren gehen kann, die ein Gemeinwesen benötigt.

5. Frage: *Im Zusammenhang mit der Schuldenkrise fällt häufiger das Wort »Schuldensozialismus«. Was hat es damit auf sich?*

Antwort: Für Ludwig Erhard war es noch ganz selbstverständlich: Man kann auf Dauer nicht mehr ausgeben als man einnimmt. Doch der moderne Wohlfahrtsstaat macht genau dieses. Der inzwischen angehäufte Kredit- und Schuldenberg dient erkennbar nicht dem Zukunftsaufbau, sondern einzig der Befriedigung einer schier unstillbaren Gier nach gegenwärtigem Konsum und Erleben. Die schamlose Verschuldung zulasten kommender Generationen steht für den völligen Verlust aller Grundsätze der Ordnungspolitik, für den Verlust von Anstand und Moral der permissiven und sinnentleerten Wohlstandsgesellschaft. »Wachstum durch neue Schulden«, heißt das skandalöse Motto des überschuldeten Sozialstaates. Genauso gut könnte man einem Drogensüchtigen »helfen«, indem man ihm den nächsten Schuss finanziert. Die politikgesteuerte EZB betreibt letztlich Staatsfinanzierung über die Notenpresse und agiert mit marktunüblichen Niedrigzinssätzen, da sonst die Regierungen die Schuldenlast zinsmäßig nicht mehr tragen könnten. Die EZB kauft den Regierungen quasi Zeit, die diese aber keineswegs dazu nutzen, um die dringend erforderlichen Strukturreformen durchzuführen. Jeder Euro Schuld ist eine vorweggenommene Enteignung der Bürger (Wolfram Weimer). Was Sozialisten über Jahrzehnte nicht geschafft haben, die bürgerliche Gesellschaft massenhaft zu enteignen, wird durch den Schuldenwahnsinn wohl doch noch gelingen. In den Rettungsschirmen schlummern Nachschusspflichten bis zu 700 Milliarden Euro, bei der Bundesbank haben sich sogenannte Target-2-Salden in Milliardenhöhe angesammelt. Im Namen der »europäischen Solidarität« belasten die deutschen Politiker die deutschen Steuerzahler nun auch noch mit den Fremdschulden der anderen Länder der EU-Währungsunion. Bisher wurde nicht ein einziges Problem gelöst, nicht ein einziger Euro Staatsschulden getilgt. Die künstliche Niedrigzinspolitik führt zur Fehlallokation der Investitionsressourcen und erzeugt Stagflation. Die vom Zentralbanksystem gigantisch aufgeblähte Geldmenge führt zu immer größeren Vermögenspreisblasen, erzeugt

allerdings (entgegen allen Hoffnungen und Behauptungen) kein Wirtschaftswachstum im produktiven Bereich. Längst zerfällt der überschuldete Wohlfahrtsstaat in eine von den Transferleistungen profitierende Bevölkerungsmehrheit einerseits und eine Minderheit des fleißigen Mittelstandes andererseits, die systematisch ausgeplündert wird. Am Ende scheitert der überschuldete Wohlfahrtsstaat genauso wie der Sozialismus. Im Sozialismus wird die Wirtschaft erst sozialisiert und ist dann schnell ruiniert. Im Kapitalismus wird eine Volkswirtschaft durch Umverteilung und Schuldenmacherei ruiniert, ehe sie anschließend sozialisiert wird. Bei Marie von Ebner-Eschenbach heißt es: »Es würde viel weniger Böses auf Erden getan, wenn das Böse nicht im Namen des Guten getan würde.«

6. Frage: *Was hat es mit dem sogenannten »Target-System« auf sich?*

Antwort: Die extrem unausgeglichene Leistungsbilanzen führen zu entsprechenden Verwerfungen im System der Zentralbanken. Es ist daher inzwischen ein riesiges Schattenkreditsystem der europäischen Zentralbanken über die sogenannten Target-Kredite entstanden. Dies sind die gemeinschaftlich besicherten Kredite Deutschlands an die Krisenländer, die es diesen ermöglicht, mehr zu importieren, als es ohne Kredit möglich wäre. Beim Target-System handelt es sich um Kreditgeschäfte über Zentralbanken statt über private Banken oder über den Staat. Die deutschen Exporte wurden bzw. werden zum Teil durch deutsche Kredite finanziert. Die Krisenländer können diese aber nicht zurückzahlen. Daraus folgt, dass Deutschland seine Exportgüter quasi selber finanziert und teilweise verschenkt. Die Exporterlöse der deutschen Unternehmen werden also im Endeffekt indirekt durch den deutschen Steuerzahler via Rettungsmaßnahmen für die Krisenländer beglichen. Denn bei einem Crash von Griechenland wäre das relativ geringe Eigenkapital der EZB rasch aufgebraucht. Deshalb verhält sich die EZB auch gegenüber Schuldenschnitten so ablehnend. Den Ausfall müssten demnach die Steuerzahler tragen. Die Transferunion wird u. a. durch das System der Target-Kredite quasi durch die Hintertür eingeführt – und unter Umgehung der Parlamente.

7. Frage: *Wir leben zurzeit in der größten Geldblase der Geschichte. Was geschieht, wenn diese Blase platzt?*

Antwort: Der scheinbare Wohlstand, der in den vergangenen vier Jahrzehnten erreicht wurde, ist in gewissem Sinne eine Illusion. Faktisch muss der Lebensstandard im Rahmen einer notwendigen Bereinigung sinken, weil das Scheinwachstum allein auf dem Verhältnis zwischen Schulden und Sozialprodukt beruht. Es lässt sich nicht grenzenlos ausweiten. Steigende Vermögenspreise werden getrieben durch die wachsende Diskrepanz zwischen Schulden und Einkommen. Solche Prozesse laufen, bis sie brechen – und genau diesem Punkt nähern sich die Märkte. Das bestehende Finanzsystem hat wegen unverantwortlicher Kreditvergabe und Geldschöpfung längst versagt. Die aus dem Nichts geschaffene Geldschwemme (sogenanntes Fiat Money) führt zu immer neuen, immer größeren Vermögenspreisblasen, die dann platzen. Zurzeit wird der Crash lediglich durch die diversen »Rettungsmaßnahmen« hinausgezögert – im Grunde muss man es als Konkursverschleppung bezeichnen. Die aufgelaufenen Schuldenberge bedürfen schließlich der Bereinigung. Letztlich muss also das Privatvermögen der Bürger gegen die Staatsschulden »verrechnet« werden. Die Regeln zur Neubewertung von Schulden und Vermögen sowie die Verrechnungseinheiten, die dafür gelten sollen, sind nicht vorhersehbar und haben, genau wie das Steuerrecht, mit Logik (oder gar Gerechtigkeit im aristotelischen Sinne) nichts zu tun. Sie werden von der jeweiligen Regierung erlassen, von der Bürokratie umgesetzt und kontrolliert. Spätestens dann versteht der einzelne Bürger, dass die Staatsschulden vom ihm zu bezahlen sind.

8. Frage: *Die Banken pumpen mit billigem EZB-Geld die Blase immer weiter auf. Welches Ereignis beendet das Schneeballsystem?*

Antwort: Die Bankinstitute und auch die anderen Akteure auf dem Finanzmarkt konnten der Versuchung nicht widerstehen, Geld nur mit Geld und nicht mit der Wertschöpfung von Gütern und Dienstleistungen zu verdienen. Zudem verdienen sie alle prächtig daran, als »Kombattanten« der Politik die Staatsschuldenfinanzierung durchzuführen. Die Rettung der Banken durch den Steuerzahler und die eigenen Sparer führt wiederum dazu, dass sich die Banken wie früher verhalten – obwohl das der direkte Weg in ihre Krise war. Das ganze System hat längerfristig keine Überlebenschance und steht notwendigerweise vor großen Umbrüchen, es macht also keinen großen Sinn, die Erfahrungen der vergangenen sechs

Jahrzehnte einfach in die Zukunft fortzuschreiben. Es gibt keine Patentrezepte und keine exakten Voraussagen für die Zukunft. Sobald es zu einer größeren Vertrauenskrise kommt, wird das Finanzsystem kollabieren. Praktisch alle westlichen Wohlfahrtsgesellschaften sind zu Schulden-Junkies mutiert. Nur noch immer gigantischere Geldspritzen können sie weiterhin am Leben erhalten. Gleichzeitig sind sie aber nicht bereit, ihren Lebensstandard notwendigerweise den tatsächlichen Verhältnissen anzupassen – bis irgendwann der »Goldene Schuss« kommt, der sie von ihrer Sucht endgültig erlöst. Während die Staaten ins Nirwana hinübergleiten und irgendwann eine Währungsreform durchführen, zahlen die Sparer, Anleger und Rentner die Zeche. Es ist vollkommen egal, ob die Verschuldung durch einen Krieg (wie nach dem Ersten Weltkrieg) oder durch eine ungebremste Schuldenorgie eines Staates verursacht wird. Wenn jemand Privatinsolvenz beantragt, fragt auch niemand danach, ob er sich mit einem Autokredit oder einer Hypothek auf sein Haus finanziell übernommen hat. Irgendwann muss die Zeche immer bezahlt werden. Speziell für die Euro-Zone gilt: Die Transfer-Union überträgt die Staatsschulden auf die Schultern der EU-Bürger (de facto also vor allem auf die Schultern der deutschen Bürger!): Die privaten Einkommen und Vermögen werden sozialisiert, die Staatsschulden privatisiert. Nicht zuletzt dann bestätigt sich wieder einmal die alte Weisheit in der Geschichte staatlichen Papiergeldes sowie fehlgeschlagener Währungszusammenschlüsse: Staatliches Papiergeld kehrt früher oder später stets zu seinem inneren Wert zurück: null!

9. Frage: *Im Bereich der verschiedenen Währungen gibt es keinen Wettbewerb mehr. Was hat diese Gleichschaltung für Folgen?*

Antwort: Die wichtigsten Zentralbanken haben ihre Geldpolitik vereinheitlicht. Weltweit sorgen sie für negative reale Zinsen und weiten die (Basis-)Geldmenge immer weiter aus, um Staaten und Banken vor dem Konkurs zu retten. Zudem haben sie »Liquiditäts-Swap-Abkommen« eingerichtet, mit denen Geschäftsbanken in jeder gewünschten Währung refinanziert werden, und dies unlimitiert und zu Tiefstzinsen. Dass die großen Zentralbanken ihre Geldpolitik gleichgeschaltet und dadurch den Währungswettbewerb faktisch ausgeschaltet haben, erleichtert ihnen die Inflationierung (der Schulden). Die gemeinsame Inflationspolitik hält die Wechselkursschwankungen in engen Grenzen. Für Anleger hat

das unangenehme Folgen: Sie können nicht mehr von einer Währung auf eine andere ausweichen, um sich vor drohender Geldentwertung zu schützen. Der verminderte Wettbewerb zwischen den Währungen birgt zudem die Gefahr, dass die Inflationspolitik – als Reaktion auf die Schuldenkrise – stärker ausfällt. Schließlich wird ja die Abwanderungsoption außer Kraft gesetzt. So problematisch dieses geldpolitische Zentralisierungsbestreben ist, so folgt es doch einer unerbittlichen Logik: Das Aufrechterhalten nationaler Papiergeldsysteme macht eine engere und bedingungslose Kooperation zwischen den nationalen Papiergeldanbietern erforderlich. Die daraus folgende Machtkonzentration beschwört den Missbrauch der Notenpresse geradezu herauf. Durch einen Währungswettbewerb hingegen würde automatisch Druck auf die EZB ausgeübt, den Euro möglichst stabil zu halten. Da Staaten und Geschäftsbanken beim Währungswettbewerb nicht mehr davon ausgehen könnten, dass die EZB ihnen zu niedrigen Zinsen unbegrenzt Geld zur Verfügung stellt, würde der Druck auf die Regierungen, ihre Haushalte tatsächlich nachhaltig zu sanieren, massiv steigen und die Banken würden freiwillig ihre Geschäftsrisiken begrenzen.

10. Frage: *Der Teufelskreis der kollektiven Unvernunft aus Politikerversprechen und Wähleranspruch führt letztlich in die Überschuldung und Inflation. Kann man aus diesem Teufelskreis überhaupt aussteigen?*

Antwort: Die Logik der Selbsterstörung des Wohlfahrtsstaates aufgrund unsoliden Finanzgebarens wurzelt in dem fatalen Teufelskreis der kollektiven Unvernunft von Politikerversprechen und Wähleranspruch. Für die Politiker aller Parteien ist das Verteilen von Sozialleistungen auf Pump, die schamlose Verschuldung zulasten kommender Generationen, wegen der sofort wählerwirksamen Auswirkungen über die Maßen verführerisch. Permanent werden neue »Gerechtigkeitslücken« entdeckt, die zu entsprechenden Umverteilungsmaßnahmen führen. Der Wähler, der einerseits die Politiker verachtet, hält andererseits mit seinem Anspruchsverhalten genau diesen Teufelskreis in Gang. Jeder fürchtet, ansonsten bei der Verteilung des Sozialkuchens benachteiligt zu werden. Da viele Bürger so denken, gerät das ganze System zwangsläufig in die finanzielle Schieflage. Zu hohe Schulden werden mit noch höheren Schulden »bekämpft«, weil die eigentlich notwendigen Sparmaßnahmen und Strukturreformen beim Wähler

als nicht durchsetzbar gelten. Zwar stimmt der einzelne Bürger durchaus der Notwendigkeit zum Sparen zu, aber bitte nur bei anderen Leuten oder Gruppen – das »St. Florian-Prinzip« lässt grüßen. Individuelle Rationalität wird zur kollektiven Irrationalität. Der Wohlfahrtsstaat beruht auf der Fiktion, dass jedermann auf Kosten von jedermann leben könne. Unter dem weiten Mantel der staatlichen Fürsorge wird die Entmündigung des einzelnen Bürgers versteckt. Das weiche Klima des herrschenden Sozialprotektionismus korrumpiert die Menschen, die entsprechend heftigen Widerstand gegen jede in Aussicht gestellte Leistungsverringerung bekunden. Ludwig Erhard ging zu Recht davon aus, dass man solche umverteilenden Systeme später erfahrungsgemäß kaum mehr ändern könne, weil die Zahl derer, die davon profitieren, im Endeffekt immer größer ist als die der Zahler. Dass Staatsverschuldung nichts anderes als vorgezogener Konsum ist, der in der Zukunft ausfällt, verstehen die meisten Leute nicht. Die verantwortungslose Schuldenpolitik der Regierungen basiert finanztechnisch auf dem staatlichen Geldmonopol. Deshalb hat der Staat folgerichtig das Geldmonopol an sich gezogen. Nur so kann er sein politisches Geschäftsprinzip, die Wählerbestechungsdemokratie, in Gang halten. Die Wählerbestechungsdemokratie beruht also auf Schuldenfinanzierung, die wiederum zur Geldmengenausweitung und späteren Geldentwertung führt. Ein Ausstieg aus diesem Teufelskreis, den man auch als »demokratische Krankheit« bezeichnen kann, ist nur möglich, wenn das staatliche Zwangsgeld durch ein privates Marktgeld im Sinne eines Währungswettbewerbs zum staatlichen Geld ergänzt würde.

11. Frage: *Warum gibt es in Deutschland keine wirklich liberale Partei?*

Antwort: Die deutsche Geschichte ist durch einen historisch stark ausgeprägten Antiliberalismus geprägt; sie wird gewissermaßen zentral von der Tatsache bestimmt, dass das deutsche Bürgertum durch den Dreißigjährigen Krieg (1618–1648) tief und nachhaltig ruiniert wurde. Anders als in Frankreich und in England und als in der Schweiz oder in den Niederlanden, fiel damit das deutsche Bürgertum als Motor der neuzeitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung weitgehend aus. Seine Rolle übernahm stattdessen der absolutistische Obrigkeitsstaat. Das durch den Dreißigjährigen Krieg ruinierte Bürgertum erlebte und erlitt im Gegenüber zur höfisch-aristokratischen Welt permanent seine eigene Ohnmacht.

Dadurch entwickelte sich im Vergleich zu anderen westlichen Staaten eine besondere deutsche Kultur. So wurde die Romantik weit stärker als die Aufklärung zur deutschen Epoche. Darüber hinaus wurde Deutschland maßgebend durch das »staatsfrohe« Luthertum geprägt. Hinsichtlich des späteren preußisch-evangelischen Obrigkeitsstaates fühlt man sich an die Klage Max Webers erinnert, wonach Deutschland so vorzüglich verwaltet und so dilettantisch regiert werde. Die Schwäche des deutschen Bürgertums, die Übermacht und die Leistungskraft des Obrigkeitsstaates blockierten die Entwicklung freiheitlicher Institutionen. Die deutsche Romantik (Johann Gottlieb Fichte) war eine regelrechte Gegenbewegung zur »Vernunftseuphorie« der Aufklärung. Für den preußischen Staatsphilosophen Georg Friedrich Hegel war der Staat eine Art »Gottersatz«: Welch ein Gegensatz zu John Locke, der sich in England strikt gegen Staatsgläubigkeit, Untertanengeist und mangelnde Zivilcourage aussprach. Es kam zu einer nachhaltigen Ablehnung der »westlichen« liberalen Ideen mit ihrer Betonung der persönlichen Freiheit und des Parlamentarismus. Die Überhöhung des Staatsgedankens durchsetzte in Deutschland sogar den politischen Liberalismus und machte ihn schwach und kurzlebig. Die liberalen Ideen von Kontrolle und Eingrenzung staatlicher Macht fanden keine entscheidende Resonanz. Die Revolution von 1948 scheiterte, weil die tief sitzende Ehrfurcht vor dem Staat den bürgerlichen Eliten die Knie weich werden ließ. Die völlige Demoralisierung der liberalen Bewegung in Deutschland war damit perfekt. Die Folgen konnten bis in die heutige Zeit nie überwunden werden. Dem diabolischen Spiel, das Bismarck mit den Liberalen trieb, waren diese nicht gewachsen. Später in der Weimarer Republik zerfiel der politisch gespaltene Liberalismus weitgehend. Nach dem Zweiten Weltkrieg konnten sich der politische Liberalismus im Gegensatz zu den Christdemokraten und den Sozialdemokraten nicht auf eine breite milieugeprägte Wählerstruktur stützen. Das allgemeine Verhältniswahlrecht bedeutete zudem oft eine schlechtere Ausgangslage für die Liberalen. Der eigentliche Liberalismus – also der klassische Liberalismus – mutierte in seiner politischen Ausformung mehr und mehr zur Libertinage, sodass er in den heutigen politischen Parteien keine Heimat (mehr) hat. Die traurige Rolle der FDP im Rahmen der Schulden- und Eurokrise spricht für sich.

12. Frage: *Wie lange kann Deutschland noch mit seinen Schulden weitermachen?*

Antwort: Wenn alle gesetzlich festgelegten Zahlungsverpflichtungen von Bund, Ländern und Gemeinden richtigerweise einbezogen werden, ergibt sich für Deutschland eine öffentliche Verschuldung in Höhe von über 80 Prozent des BIP. Noch viel schlechter fällt die Schuldenbilanz Deutschlands aus, wenn bedacht wird, dass praktisch alle Gebietskörperschaften in großem Stil auf Pump leben und dringend notwendige Investitionen unterlassen. Zu der offen ausgewiesenen öffentlichen Verschuldung von gut 2 Billionen Euro, zu den Ausgaben für den EU-Rettungsschirm, zu den Ausgaben zur Stützung öffentlicher Banken, zu den im »Sondervermögen« ausgelagerten öffentlichen Schulden, zu den nicht durch Rückstellungen abgesicherten Pensionslasten für Beamte, zu den öffentlichen Zuschüssen für die Sozialversicherungen – zu all diesen Belastungen der kommenden Generationen müssten eigentlich noch die hohen Zahlungsverpflichtungen hinzugezählt werden, die der Verfall der öffentlichen Infrastruktur verursacht. Die Abwassernetze in vielen Großstädten befinden sich in einem maroden Zustand. Für Instandhaltung und Erneuerung fehlt ein dreistelliger Milliardenbetrag. Etwa 20 Prozent des Abwassers versickert heute bereits durch Risse und Löcher in den Rohren und Kanälen. Die schlechte Beschaffenheit des Schienennetzes verursacht unnötig hohe Energiekosten. Besonders drastisch ist der Substanzverzehr des Straßennetzes. Auch Deutschland als das vermeintlich noch stabilste Land der Eurozone steckt also längst im Schuldensumpf. Die verdeckte Staatsschuld ist mit 6,2 Billionen Euro noch viel höher als die offene Verschuldung mit gut 2 Billionen Euro. Insgesamt hat Deutschland demnach (noch ohne die Eurogarantien!) gut 8 Billionen Euro Schulden und Verpflichtungen. Rein statistisch beginnt jedes Neugeborene sein Leben mit 100 000 Euro Schulden. Es ist immer eine Frage der Zeit, wann die Gläubiger ihr Vertrauen verlieren. Der Zeitpunkt als solcher lässt sich nicht bestimmen. Noch nie hat ein Staat in der Geschichte jemals seine Schulden zurückgezahlt. Einstweilen »bekämpfen« die Regierungen die Schuldenberge durch »financial repression«: Nullzinspolitik und Inflation gehen zulasten der Steuerzahler, Sparer und Anleger. Daneben werden die Steuern und Abgaben weiter erhöht. Da all dies jedoch rein rechnerisch angesichts der gigantischen Schuldenhöhe nicht ausreicht, wird es über kurz oder lang doch zu einem Schuldenschnitt bzw. einer Währungsreform kommen müssen. Fachleute gehen mit einer 70-prozentigen Wahrscheinlichkeit davon aus, dass dies innerhalb der nächsten 15 Jahre eintreten wird.

13. Frage: *Hat der Staat überhaupt eine Chance aus der Schuldenspirale auszusteigen, wenn man bedenkt, dass rund die Hälfte der Deutschen vom Staat direkt oder indirekt Transferleistungen erhalten?*

Antwort: Charakteristisch für das Prinzip des Wohlfahrtsstaates ist es, dass es die ständig anwachsende Zahl von Transferempfängern in der Hand hat, sich auf Kosten anderer Gruppen (Leistungseliten) zu bereichern. De facto gibt es für den überzogenen und überschuldeten Wohlfahrtsstaat keine realistische Chance mehr, aus eigener Kraft und Einsicht aus der Schuldenspirale auszusteigen. Hat sich das Krebsgeschwür der Verschuldung erst einmal tief genug in die Volkswirtschaft hineingefressen, haben die Drogen »Subvention« und »Sozialgeschenk« erst zur Abhängigkeit geführt, ist es zu spät für eine Umkehr. Es ist der Fluch der bösen Tat, der dem Wohlfahrtsstaat innewohnt: zuerst auf Schulden Wahlgeschenke verteilen, dann pleitegehen und zuletzt die eigenen Bürger und möglichst auch die der »solidarischen« Partnerländer für das Versagen der politischen Klasse zur Kasse bitten. Im Gestrüpp der wuchernden Sozialstaatsbürokratie blüht Misswirtschaft, greifen Zerfall und Korruption um sich. Am Leviathan der sozialstaatlichen Verwaltungsbükratie verschleißt sich die Gestaltungskraft der politischen Intelligenz. Dem vagen Ziel der Gerechtigkeitsoptimierung folgend ist der Staat immer weniger in der Lage, seiner eigentlichen Aufgabe gerecht zu werden. Es bleibt abzuwarten, wie die politischen Parteien, die bisher *Zuteilungsparteien* waren, mit der Rolle als *Zumutungsparteien* zurechtkommen. Zur Zeit ist der durch die Krisis in Deutschland ausgelöste Leidensdruck offenbar noch nicht hoch genug, um die allgemeine Lethargie in eine Mobilisierung des nachdenkenden Teils Deutschlands zu überführen (Arnulf Baring).

14. Frage: *Es wird in den Medien beklagt, dass die Schere zwischen Arm und Reich sich immer weiter öffne. Welche Gründe gibt es dafür?*

Antwort: Als Folge der politisch unverantwortlichen Schuldenmacherei im Rahmen der Wählerbestechungsdemokratie fluten die Zentralbanken die Finanzmärkte mit Geld, um den überschuldeten Staaten einen zeitlichen Aufschub zu gewähren (dies in der falschen Hoffnung, die Staaten würden dieses Zeitfenster dazu nutzen, ihre Haushalte in Ordnung zu bringen.) Die »Rettungsmaßnahmen« führen zu einer Zwei-Klassen-Gesellschaft

und vergrößern die Spanne zwischen Reich und Arm: Auf der einen Seite stehen der Finanzsektor und die Wohlhabenden, die von den steigenden Vermögensgüterpreisen (Aktien, Immobilien usw.) profitieren. Doch für den Durchschnittsbürger bedeuten steigende Preise für Energie und Nahrung Probleme. Die dem ungedeckten, staatsmonopolistischen Geld stets anhaftende Inflation öffnet die Schere zwischen Arm und Reich immer mehr, denn die Niedrigzinspolitik verbilligt künstlich den Kapitaleinsatz gegenüber dem Faktor Arbeit. Dies geht zulasten der Geringverdiener. Auch vom unvermeidbaren Anstieg der Arbeitslosigkeit im Schlepptau einer inflationären Entwicklung sind die sozial Schwächeren überproportional betroffen. Die Erhöhung der Preise trifft ebenfalls vor allem die Geringverdiener und die Rentner. Im Gegensatz zu den Wohlhabenden kann sich der »kleine Mann« der Inflation nicht entziehen. Obwohl also die Politik ständig lauthals die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich beklagt, um weitere Umverteilungsmaßnahmen zu rechtfertigen, ist sie es selbst, die für diese Diskrepanz sorgt.

15. Frage: *Kann die gemeinsame Schuldenhaftung über den ESM (European Stability Mechanism) genau die Dynamik entwickeln, die Deutschland in den Crash treibt?*

Antwort: Bei der Beantwortung dieser Frage muss man zwischen einer wirtschaftlichen und einer politischen Komponente unterscheiden. Der ESM ermöglicht im Endeffekt den unbegrenzten Zugriff auf die nationalen Haushalte durch demokratisch nicht kontrollierbare, rechtlich immune und von den Bürgern nicht überprüfbare EU-Funktionärsinstitutionen. Der letzte verbliebene Bereich nationaler Souveränität, das Haushaltsrecht und im Ergebnis die Verfassung werden damit ausgehebelt. Die ESM-Mittel werden aber vermutlich gar nicht zur Gänze gebraucht. Die elektronische Notenpresse der EZB füllt die Finanzierungslücken geräuschlos. Die Behauptung des EZB-Rates, dass das geschaffene Geld ja neutralisiert werde, verfängt nicht. Wenn Nichtbanken, wie Versicherungen, Pensionskassen und Private beginnen, ihre Anleihen zu verkaufen, muss die EZB das neu geschaffene Geld direkt auf die Konten der Verkäufer überweisen. Das erhöht den umlaufenden Zahlungsmittelbestand. Dabei ist zu beachten, dass die Euroraum-Banken lediglich Staatsanleihen in Höhe von knapp 1600 Milliarden Euro halten. Der Großteil

der ausstehenden Staatsschulden in Höhe von etwa 7000 Milliarden Euro dürfte vor allem bei Nichtbanken im In- und Ausland liegen. Die fatale Logik des ungedeckten Papiergeldes wird also zu einer weiteren Ausweitung der Geldmenge führen. Die Zentralbanken wollen die Zahlungs- und Konjunkturprobleme mit der Ausgabe von immer neuem Geld lösen. Letztlich wird die vermeintliche Problemlösung selbst zum zentralen Problem: zur offen zutage tretenden Geldentwertung. Spätestens dann wird die Haltung der Bürger gegenüber den »Rettungsinstrumenten« drastisch umschlagen. Die politische Komponente ist darin zu sehen, dass die Bürger erst dann die wahre Bedeutung und das tatsächliche Risiko der Haftungsgarantien für sich realisieren, wenn die Haftung zieht – und das wird sie auf jeden Fall. Dann werden die bisher eher abstrakt wirkenden »Rettungsinstrumente« zu Brandbeschleunigern, sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht.

16. Frage: *Ist das Zentralstaatsmodell generell dem Modell kleiner, eigenständiger Staaten unterlegen?*

Antwort: Die Vorstellung, Europa könne nur als große, zentrale Staatenfusion wirtschaftlich auf Dauer mit den USA und Asien mithalten, ist politisch fatal und ökonomisch falsch. Europas Stärke ist vielmehr seine gewachsene, wettbewerbliche Vielfalt. Im Übrigen hat sich die Zahl der Nationen in der Nachkriegszeit etwa verdreifacht. International ist die Fusion nicht die Regel. Unter den reichsten Ländern der Welt sind auffallend viele kleine Länder, wie z. B. die Schweiz, Norwegen, Singapur usw. Den Wohlstand, den Estland, Lettland und Litauen seit der Selbstständigkeit (und lange vor ihrem EU-Beitritt) erreicht haben, beweist den Vorteil der ach so geschmähten Kleinstaaterei. Solange solche kleinen Staaten eine sichere rechtsstaatliche Ordnung haben und freie Märkte sowie offene Grenzen dafür sorgen, dass die begrenzte Fläche ihren Wohlstand nicht beeinträchtigt, sind sie in aller Regel deutlich effizienter und wettbewerbsstärker als Großstaaten. Ohnehin lässt die Globalisierung gerade den kleinen Ländern mehr Freiheit, ihren Markt durch internationalen Handel zu vergrößern. Der Aufstieg Westeuropas zur führenden Wirtschaftsregion – im Unterschied etwa zu China, das Europa bis ins 16. Jahrhundert hinein wirtschaftlich mindestens ebenbürtig war – wird von den Historikern übereinstimmend mit der politischen Dezentralisierung Europas in